

APRIL '19 / NR. 2

RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN



› SCHWERPUNKTTHEMA:	WAHLEN 2019	3
› ABSTIMMUNGEN:	STAF UND WAFFENGESETZ	8
	GESETZ ÜBER DIE AUFGABEN- UND FINANZREFORM 18	10

INHALT

Editorial und Impressum	2
Schwerpunktthema	
Wahlen 2019	3
Bund	
Frauenstreik 14.6.2019	7
Abstimmungen	8
Kanton	
Abstimmung AFR	10
Aus dem Kantonsrat	11
Ortsgruppen	12
Junge Grüne	18
Internes	
Portrait Michael Töngi	19
Agenda und Parolen	20

IMPRESSUM

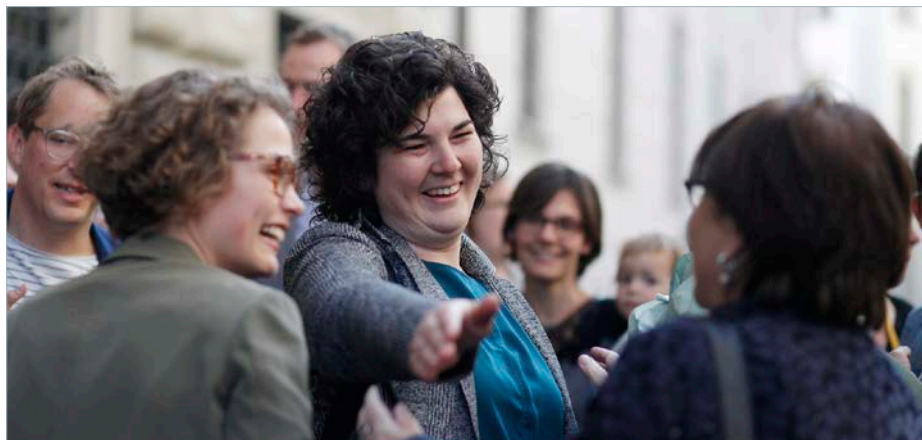
Rundbrief Nr. 2 / 2019
Informationsbulletin der Grünen Luzern
Redaktion: Geschäftsleitung Grüne Luzern
Druck: SWS Medien AG Print Sursee
Papier: recyclingweiss, blauer Engel, FSC, ecolabel
Gestaltung: Thomas Küng Luzern
www.kuenggrafik.ch
Erscheinen: 4 x jährlich, nächste Ausgabe: August 2019
Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

Kontakt: Sekretariat Grüne Luzern
Postfach 7359, 6000 Luzern 7
Tel. 041 360 79 66
Email: sekretariat@gruene-luzern.ch
Web: www.gruene-luzern.ch
Bürozeiten: Mo. – Do. von 9 bis 12 Uhr
oder nach Vereinbarung

Titelbild: Gian Waldvogel

EDITORIAL

LUZERN ERLEBT SEIN GRÜNES WUNDER



LIEBE GRÜNE, LIEBE SYMPATHISANTINNEN UND SYMPATHISANTEN, LIEBE WÄHLERINNEN UND WÄHLER

Am zweiten Tag nach der Wahl, auf dem Nachhauseweg mit dem Velo: die Dichte an Politplakaten hat schon merklich abgenommen, unsere Plakate hängen noch. In diesem Moment wurde mir klar, was wir am Sonntag, 31. März erreicht haben:

DIE GRÜNEN KANTON LUZERN HABEN EINEN HISTORISCHEN ERFOLG GESCHAFFT.

Wir haben unser Sitzstärke im Kantonsrat verdoppelt und erstmals erobern die Jungen Grünen ihren eigenen Sitz. Korintha Bärtsch erreicht einen phänomenalen Erfolg, von dem wir bereits vorher alle überzeugt waren – dessen Deutlichkeit uns dennoch überraschte. Wir Grünen werden für unsere verlässliche und kompetente politische Arbeit der letzten Jahre belohnt. Ermöglicht wurde das durch den Einsatz unserer über 80 Kandidierenden und einen guten Wahlkampf.

Freude und Zuversicht, dass unser Wahlerfolg nachhaltig sein wird, bereiten mir auch unsere starken Wahlergebnisse auf dem Land. Wir haben insbesondere dort unsere Wurzeln gestärkt, wo viel grüne Energie zu spüren ist: In Hochdorf, Sursee, Willisau, Luzern-Land, Entlebuch. Die Stadt zieht vorne weg und ist dort neu zweitstärkste Kraft.

Für den zweiten Wahlgang stehen wir nun in der Verantwortung. Wir wollen diesen links-grünen Sitz in der Regierung. Wir wollen eine Frau in der Regierung! Wir wollen mit Korintha Bärtsch eine Regierungsrätin, die für einen starken Klimaschutz und für die Rücksichtnahme auf alle Bewohnerinnen unseres Kantons einsteht. Wir wollen, dass diese progressiven Impulse auch aus der Exekutive heraus angepackt werden.

Dafür müssen wir die nächsten Wochen noch einmal unsere gesamte Energie einsetzen: Auf die Strasse gehen, mit NachbarInnen, FreundInnen, KollegInnen und PassantInnen diskutieren und sie von Korintha Bärtsch überzeugen.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dem grossen Elan und der Leidenschaft der vergangenen Wochen, gemeinsam diese Sensation schaffen werden.

Maurus Frey, Präsident Grüne Kanton Luzern

REGIERUNGSRATSWAHLEN

KORINTHA BÄRTSCH STEHT VOR DER WAHL IN DEN REGIERUNGSRAT



Jubelschreie, Umarmungen und Freudentränen! Am 31. März feierten die Grünen Luzern einen historischen Wahlsieg: Ihre Kantonsratsfraktion hat sich verdoppelt – die Luzerner Bevölkerung wünscht sich eine grünere und solidarischere Politik. Bestens stehen die Chancen von Korintha Bärtsch, am 19. Mai den Sprung in den Regierungsrat zu schaffen – im 1. Wahlgang überholte sie Marcel Schwerzmann souverän.

Als Korintha Bärtsch am Wahlsonntag freudenstrahlend den Ritterschen Palast betrat, war bereits klar: Die Chancen für einen linksgrünen Regierungsratssitz stehen sehr gut. Mit rund 43'000 Stimmen im ersten Wahlgang erzielte sie ein historisches Resultat und liess den amtierenden Finanzdirektor Marcel Schwerzmann deutlich hinter sich zurück. «Ich bin überglücklich. Die Luzerner Bevölkerung hat ein klares Zeichen gesetzt: Sie wünscht eine grüne Frau in der Regierung», sagt Korintha Bärtsch.

Gleichzeitig konnten die Grünen ihre Kantonsratsfraktion mehr als verdoppeln und die Fraktion verjüngen. Und auch die Sozialdemokraten und die GLP gewinnen je drei Sitze hinzu. Es ist ein Wahlausgang, der den Weg frei macht für einen grüneren, solidarischeren und progressiven Kanton Luzern.

GEWINN DANK BREITER UNTERSTÜTZUNG

Zu verdanken ist dieser Erfolg in erster Linie der langjährigen, kompetenten politischen Arbeit der Grünen. Und dem grossen Einsatz von KandidatInnen, und vielen HelferInnen im Hintergrund. Ein besonderes Dankeschön gilt den Jungen Grünen, die einen beispiellosen Wahlkampf führten und dafür mit einem Sitz im Parlament belohnt wurden. Die Bevölkerung hat die konsequente Politik für Klimaschutz und solidarischen Zusammenhalt goutiert. Dass Korintha auf den Einzug in die Luzerner Exekutive hoffen kann, ist auch den Entscheiden von SP-Kandidat Jörg Meyer und GLP-Kandidat Roland Fischer zu verdanken: Sie verzichteten auf einen zweiten Wahlgang und vereinen so die Kräfte bis weit in die Mitte der Bevölkerung hinter Korintha. Ein Signal, dass der Wunsch nach einer Regierung mit der Einbindung aller politischen Lager gross ist.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN ZWEITEN WAHLGANG

Doch noch ist das Ziel nicht erreicht, ein weiterer Meilenstein steht uns noch bevor: Die Wahl von Korintha Bärtsch in den Regierungsrat. Ein politischer Durchbruch, der realistischer denn je ist. Jetzt liegt es an uns allen, Korintha Bärtsch wo immer möglich zu unterstützen, um am 19. Mai die erste Grüne Regierungsrätin zu feiern. Für den laufenden Wahlkampf ist sie sowohl auf Spenden, Mithilfe und die Aktivierung deines Umfeldes angewiesen.

Gian Waldvogel
politischer Sekretär Grüne Luzern

HIER KANNST DU KORINTHA UNTERSTÜTZEN:

SPENDE

Überparteiliches Komitee
6000 Luzern
CH09 0077 8010 0646 6160 4
Konto 60-41-2
Online: korinhabaertsch.ch/spenden/

KOMITEEBEITRITTE

Webseite Überparteiliches Komitee
korinhabaertsch.ch/unterstuetzen

Webseite Frauenkomitee Nicht ohne uns
nicht-ohne-uns.ch

Aktiv helfen (z.B. bei Standaktionen):
Melde dich beim Sekretariat:
sekretariat@gruene-luzern.ch, Tel. 041 360 79 66

KANTONSRAATSWAHLEN

DIE NEUE GRÜNE FRAKTION

**VALENTIN ARNOLD**

58, Hüswil, Bio-Gemüse Gärtner
Bio Luzern, VCS

«Wer sind die, die weichen sollen, wenn alle wachsen wollen?»

**KORINTHA BÄRTSCH**

34, Umweltnaturwissenschaftlerin
ETH/Projektleiterin
Grossstadträtin, Co-Präsidentin
Pro Velo, Netzwerk Neubad

«Ich stehe ein für eine vorausschauende Politik, die glaubwürdig und lösungsorientiert ist.»

**NOËLLE BUCHER**

33, Soziologin/Projektleiterin
Grossstadträtin, Pro Velo, VPOD

«Fair, fähig, fortschrittlich – wer grün wählt, wählt Zukunft!»

**RAHEL ESTERMANN**

31, Digitalisierungsforscherin
Quartierverein Hirschmatt-Neustadt,
Netzwerk Neubad, Handball Emmen

«Faire Nutzungsbedingungen für unser digitales Leben: Mehr Datenschutz gefällt mir, von zu vielen Cookies wird mir übel!»

**MONIQUE FREY**

53, Emmen, Dr., Agronomin ETH,
Fachberaterin Ernährungssicherheit
Fussverkehr Luzern, ProNatura, Caritas
Luzern

«Ich will den Kanton zurückführen zu solidarischem Handeln und zur Rücksichtnahme auf alle hier Lebenden und die Natur.»

**URBAN FRYE**

57, Executive MBA/Unternehmer
Verein Gegenbewegung Spange Nord,
Verein gegen das Parkhaus Musegg,
Grosser Kirchenrat

«Wir brauchen eine ökonomisch soziale und ökologisch nachhaltige Wirtschaft, die der Gesellschaft dient und nicht nur profitieren will.»

**JONAS HEEB**

21, Horw, Student Geschichte und Politikwissenschaften, L20-Einwohnerrat
Co-Präsident Junge Grüne Kanton Luzern
GSoA, VCS, Netzwerk Neubad

«Zu jung um nichts zu tun.»

**ANDREAS HOFER**

53, Sursee
Berufsfischermeister/Sozialpädagoge
Pro Natura, Pro Sempachersee, VCS

«Für einen Kanton Luzern mit Lebensqualität, dank Gewässer-, Natur- und Landschaftsschutz.»



HANNES KOCH

45, Horw
Geschäftsleiter, Pflegefachmann
Pro Velo, VCS, VPOD, L20

«Wir brauchen Freiraum, eine bunte Kultur, sinnvolle Mobilität, schlaue Bildung und vorausschauende Pflegeversorgung. Dafür engagiere ich mich.»



FABRIZIO MISTICONI

33, Sursee, Bereichsleiter Jugend / Jugendseelsorger
Vorstandsmitglied Benevol Luzern, Jungwacht Blauring Kt. Luzern, Umweltkommission Stadt Sursee

«Sorgfältige Politik mit Lösungen für Mensch und Umwelt erreichen wir durch Mitspracherechte für Viele statt Wenige.»



JUDITH SCHMUTZ

22, Rain, Studentin Rechtswissenschaften
WWF, Greenpeace, Neubad Luzern

«Bestehende Infrastruktur effizient und klug nutzen und sinnvoll weiterbauen!»



GABI KURER

36, Horw, Fachfrau im Finanz- und Rechnungswesen mit eidg. FA Elternlobby Schweiz, Mieterinnen- und Mieterverband Luzern, Ehemaligen- und Förderverein der Maturitätsschule für Erwachsene Luzern (efm)

«Freude am Lernen für alle!»



CHRISTINA REUSSER

45, Ebikon
dipl. Sozialarbeiterin FH Avenir Social, VCS, Palliativ Luzern

«Für eine Sozialpolitik, die den Namen verdient und einen lebenswerten Kanton Luzern.»



HANS STUTZ

67, Journalist, Luzerner Mieterinnen- und Mieterverband, Verkehrsclub der Schweiz VCS, syndicom

«Der Kanton Luzern braucht mehr Stutz – die bürgerliche Finanzstrategie ist gescheitert.»



SAMUEL ZBINDEN

20, Sursee, Kinderbetreuer Jungwacht Blauring, SAC, Greenpeace

«Umweltschutz, gute Bildung und Chancengleichheit statt ewige Sparpolitik. Kommende Generationen werden es uns danken!»

NATIONALRATSWAHLEN

KLIMAWAHL UND GRÜNER HERBST!



zusätzlich die Wahlgruppe der Partei die Arbeiten für die Herbstwahlen auf. Sie bereitet alle Entscheide vor, stellt die Wahllisten zusammen, wälzt Strategien und will natürlich den Schwung vom Frühling mitnehmen.

Und dies ist dringend nötig: Nach vier Jahren rechtsbürgerlichen Mehrheit, einer abverheuten CO₂-Revision im Nationalrat und Kürzungen noch und nöcher brauchen wir eine Verschiebung. Wir müssen unseren Sitz unbedingt halten und wir können gleichzeitig mithelfen, dass die Luzerner Nationalratsdelegation linker und grüner wird. Das können wir auch bei einem Sitz weniger für unseren Kanton schaffen!

Michael Töngi
Nationalrat Grüne Luzern

Während wir für Korintha Bärtsch den Wahlkampf führen um den linken Regierungsratsitz zu sichern, laufen im Hintergrund die Vorbereitungen für die Herbstwahlen.

Dazu trifft sich seit letztem Herbst das Team Töngi: Die Gruppe plant die Grüne Nationalrats-Wahlkampagne und organisiert unter anderem verschiedene Veranstaltungen. Auf dem Programm sind ein Wildkräuter-spaziergang und ein Besuch im Sonnenbergtunnel. Und das Team half mit beim Event «Luzern erzählt» mit Michaels Gästen im Piccolino. Für den Herbst ist ein grösserer Anlass geplant. Das Team Töngi fragt Personen für ein überparteiliches Komitee an und tätigte weitere Vorarbeiten. Anfang April nahm dann

AUFRUF FÜR NATIONALRATS- UND STÄNDERATSKANDIDATUREN

Die Wahlgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen: Sie wurde vom kantonalen Vorstand beauftragt, zuhanden der Nominationsversammlung vom Donnerstag, 6. Juni 2019, Vorschläge für die Nationalrats- und Ständeratslisten der Grünen zu unterbreiten.

Mitglieder, welche sich für eine Kandidatur für ein Stände- oder Nationalratsmandat interessieren oder weitere Mitglieder vorstellen wollen, können dies per Email an wahlgruppe@gruene-luzern.ch tun.

Kontakt Wahlgruppe: Maurus Frey 078 778 86 77

— ANZEIGE —

VORPREMIERE: 29. April
ab 2. Mai regulär im Programm
EN GUERRE
von Stéphane Brizé

ab 2. Mai
NOS BATAILLES
von Guillaume Senez

ab 15. Mai
CLOSER TO GOD
von Annette Berger

ab 16. Mai
AMIN
von Philippe Faucon

ab 16. Mai
PHOTO DE FAMILLE
von Cécilia Rouaud

ab 30. Mai
NUESTRO TIEMPO
von Carlos Reygadas

ab 13. Juni
DEATH IN SARAJEVO
von Danis Tanovic

ab 13. Juni
MON TISSU PRÉFÉRÉ
von Gaya Jiji

Fr, 21. Juni: 18 Uhr / ASYLWOCHE 2019
ZENTRALFLUGHAFEN THF
von Karim Ainouz

stattkino

stattkino im Bourbaki Panorama Luzern
Reservationen 041 410 30 60

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm www.stattkino.ch

AUFRUF FRAUENSTREIK

WARUM FRAUEN STREIKEN!

Die Frauen zum schweizweiten Frauenstreik am 14. Juni 2019 aufzurufen, hat verschiedene Gründe. Fakt ist: Die Gleichstellung stagniert

Viele Frauen haben genug von Lohnungleichheit und Diskriminierung in der Arbeitswelt. Die Lohnschere ist im Kanton Luzern sogar grösser als im Schweizer Schnitt – höchste Zeit, um Massnahmen einzufordern. Solange auch in der Politik mehr Männer als Frauen agieren, werden weiterhin die Gesetze unserer Gesellschaft von Männern für Männer gemacht.

WIR WOLLEN RENTEN, WELCHE EIN LEBEN IN WÜRDE ERMÖGLICHEN.

Die Sozialversicherungen werden den Lebensläufen von Frauen nicht gerecht und entsprechen nicht unseren Bedürfnissen. Sie ignorieren die besonderen Gefahren und Anforderungen der sogenannten Frauenberufe. Wir lehnen eine Erhöhung des Frauenrentenalters ab, solange wir während unseres ganzen Berufslebens Diskriminierungen erfahren.

UNBEZAHLTE CARE-ARBEIT

Das Hausarbeitsgen ist nicht Teil unserer DNA, und trotzdem Frauen übernehmen fast zwei Drittel der Kinderbetreuungsarbeit und die Mehrarbeit im Haushalt, die durch Kinder entsteht. Berechnet man den Wert der unbezahlten Arbeit, dann ergeben sich allein für privat geleistete direkte Betreuungsarbeit Arbeitskosten von jährlich über 80 Milliarden Franken. Wir wollen, dass die Hausarbeit geteilt und in allen Sozialversicherungen anerkannt wird, insbesondere bei den Renten.

AUS ALL DIESEN UND WEITEREN GRÜNDEN WERDEN WIR AM 14. JUNI 2019 STREIKEN.

GRÜNE FRAUEN STREIKEN AUCH: WIR WERDEN PRÄSENT SEIN UND TREFFEN UNS VORHER AM 16. MAI UM 18.15 BEI AGATHA FAUSCH AM KÜCHENTISCH, LINDENGARTENWEG 3, LUZERN.

FÜR MEHR INFOS:

<https://www.facebook.com/frauenstreikluzern2019/>

<https://frauenstreik2019.ch>

<https://gruene.ch/gesellschaft/gleichstellung/netzwerk-gruene-frauen>

Agatha Fausch und Laura Spring
Vorstand Grüne Stadt Luzern



ANZEIGE



WWW.HIRSCHMATT.CH

HIRSCHMATT BUCHHANDLUNG. EINFACH PERSÖNLICHER.

HIRSCHMATTSTRASSE 26, 6003 LUZERN
TELEFON: 041 - 210 19 19, TELEFAX: 041 - 210 52 05, E-MAIL: INFO@HIRSCHMATT.CH

ANPASSUNG DES WAFFENGESETZES AN DIE EU-WAFFENRICHTLINIE

MIT DEM FINGER AM ABZUG

Innert kurzer Zeit hat eine Allianz von WaffenfreundInnen 125'000 Unterschriften gegen die neue EU-Waffenrichtlinie gesammelt, über welche wir nun am 19. Mai abstimmen. Obwohl die beiden Räten in ihren Diskussionen die ursprüngliche EU-Waffenrichtlinie erheblich abschwächten, genügt dies der Waffenlobby offenbar nicht.

Nach dem Massaker in der Pariser Konzerthalle Bataclan vom 13.11.2015, welches mit schweren Kriegswaffen durchgeführt wurde, hat die Europäische Union beschlossen, die Waffenrichtlinien zu verschärfen. Als Mitglied der Schengen/Dublin-Assoziationsabkommen ist unser Land grundsätzlich verpflichtet, solche Weiterentwicklungen der EU-Gesetze zu übernehmen.

Somit muss die Schweiz auch die Revision der EU-Waffenrichtlinie nachvollziehen, sonst könnte die polizeiliche Zusammenarbeit mit der EU eingestellt werden. Zwar kann heute nicht genau gesagt werden, was dies bedeutet. Wir können davon ausgehen, dass wir keinen Zugang zu europäischen Datenbanken mehr haben, der wirtschaftliche Schaden ginge nach Berechnungen der Bundesverwaltung in die Milliarden.

WENIGER SCHUSSWAFFENTOTE DANK STRENGEREN GESETZEN

Unbestritten ist, dass das Schweizer Waffenrecht zum Ziel hat, die missbräuchliche Verwendung von Waffen zu bekämpfen. Dies ist nur möglich, wenn das Gesetz bei Bedarf angepasst wird. Die Schweiz hat in den letzten 20 Jahren durch die schrittweise Verschärfung des Waffenrechts zahlreichen Menschen das Leben gerettet und die Sicherheit in unserem Lande erhöht. Waren 1998 – ein Jahr vor Inkrafttreten des Waffengesetzes – noch über 460 Schusswaffentote zu beklagen, so halbierte sich diese Zahl dank mehrmaliger Verbesserungen des Waffenrechts auf rund 200 jährlich. Natürlich sind auch 200 Schusswaffentote noch immer zu viel – ein, meiner Ansicht nach, entscheidender Grund, das Waffenrecht weiter zu verbessern.

Je mehr die Schweiz die Verfügbarkeit von Schusswaffen einschränkte, desto weniger Suizide und Tötungen durch Schusswaffen sind zu beklagen. Mit der vorgelegten EU-Waffenrichtlinie sind weitere Verbesserungen gegenüber der heutigen Gesetzgebung möglich. Einschneidende Einschränkungen durch die EU-Richtlinien sind für den Waffenbesitz nicht vorgesehen. In Zukunft soll der Informationsaustausch unter den Ländern verbessert, der europaweite illegale Waffenhandel eingedämmt und der Zugang zu besonders gefährlichen Waffen eingeschränkt werden.

ARMEEWAFFEN LEIDER NICHT BETROFFEN

Während den Verhandlungen über die EU-Richtlinie ist es den Schweizer Unterhändlern gelungen, die Richtlinie nicht nur abzuschwächen, sondern die Schweizer Armeewaffen weitgehend davon auszunehmen. Die Armeewaffen können also nach dem Dienst mit nach Hause genommen werden. Dies obwohl gerade Ordnungswaffen bei Mordfällen im häuslichen Bereich eine grosse Rolle spielen. Aus pazifistischer Sicht ist dieser Erfolg sehr zu bedauern. Verboten sind nach der Richtlinie nur noch halbautomatische Waffen, in die ein grosses Magazin eingesetzt werden kann. Bei Pistolen liegt die Grenze bei 20 Schuss, was als sehr gross anzusehen ist. Bei Gewehren sind es 10 Schuss. Der Erwerb von halbautomatischen Waffen wird mit der geplanten Revision erschwert, die Hürden dazu sind aber sehr tief: Die Mitgliedschaft in einem Schützenverein oder das Ausüben des Schiesssports genügen. Als Sportschütze gilt, wer Mitglied eines Vereins ist oder regelmässig schießt. Diese Nachweise müssen nach fünf und dann wieder nach zehn Jahren erbracht werden. Besonders grotesk: wer schon eine verbotene Waffe besitzt, kann diese behalten, ohne die Voraussetzungen für eine Ausnahmebewilligung zu erfüllen. Die Waffenlobby sorgt sich bei einer Umsetzung dieser Richtlinie, dass dies zu einer immer geringeren Waffendichte in Privathaushalten führe und: «Der besonders in abgelegenen Gegenden wichtige Dissuasioneffekt erodierte. Für nichts und wieder nichts Kriminellen entgegenarbeiten?»*.

Trotz den erwähnten Schwächen sollten wir am 19.05. dem Gesetz zustimmen, und dies nicht nur wegen Schengen/Dublin, sondern weil das Gesetz ein Schritchen in die richtige Richtung ist für mehr Sicherheit in Privathaushalten.

Heinz Bähler
Redaktion Rundbrief

Quellenhinweis: *aus dem Argumentarium der IGS Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz

Bundesbeschluss über die Übernahme der EU-Richtlinie 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

JA



Sturmgewehr 90 der Schweizer Armee

STEUERVORLAGE STAF

DER GLEICHE MILLIARDENBSCHISS

Die neue Steuervorlage ist alter Wein in neuen Schläuchen. Sie schafft weitere Steuerprivilegien und wird die öffentlichen Hand Verluste von 2 Milliarden Franken kosten. Ausserdem heizt sie den Steuerwettbewerb unter den Kantonen weiter an – und verstärkt das Steuerdumping. Ein Steuergeschenk, das abgelehnt werden muss.

Am 14. Februar 2017 lehnte die Stimmbevölkerung die Reform der Unternehmenssteuern deutlich ab. 59 Prozent sagten nein zur Vorlage und damit nein zu weiteren Entlastungen der Unternehmen, zu einer Verschiebung der Steuerlast auf die Bevölkerung und zum Anheizen des Steuerwettbewerbs. Es war ein grosser Abstimmungssieg für die Grünen und weitere linke Kräfte in unserem Land.

Doch was wurde aus diesem Abstimmungssieg? Das Resultat ist ernüchternd: Die neue Steuervorlage bringt nur wenige Verbesserungen, denn sie ersetzt alte Steuerprivilegien durch neue. Berechnungen zeigen, dass die Steuerbelastung von privilegierten Unternehmen in Tiefsteuernkantonen nur wenig ansteigen würde und letztlich der öffentlichen Hand Verluste von über 2 Milliarden Franken entstehen würden.

WEITERE SPARMASSNAHMEN DROHEN

Die Vorlage heizt den Steuerwettbewerb unter den Kantonen weiter an. Der Bund befeuert diesen Wettbewerb nach unten zusätzlich mit einer Finanzspritze: Die Kantone erhalten eine Milliarde Franken mehr aus den Bundessteuern. Das mag ein Budget wie jenes des Kantons Luzern kurzfristig entlasten, doch bereits hat der Luzerner Gewerbeverband angekündigt, der Kanton müsse mittelfristig die neuen Steuerprivilegien für Unternehmen einführen. Die Unternehmen bezahlen dann dank fantasievollen Steueroptimierungsmöglichkeiten wie der Patentbox oder 150 prozentigen Abzüge für Entwicklung – darunter kann gemäss Steuerexperten so gut wie alles fallen – noch weniger Steuern. Die Konsequenz: Es kommt zu weiteren Abbaumassnahmen zu Lasten der Bevölkerung bei Bildung und im Sozialbereich. Die Grünen wollen dies nicht schlucken und den Abstimmungssieg so einfach hergeben, deshalb haben sie erfolgreich Unterschriften für das Referendum gegen die Vorlage gesammelt.

ZU LASTEN DER SCHWÄCHSTEN

Für uns ist klar: Die Schweiz muss aus ihrem Steuerdumping-Konzept für multinationale Konzerne aussteigen. Sie ist kein Opfer, sondern eine der grossen Lokomotiven der internationalen Steuerdumping-

Politik. Diese Politik geht zu Lasten der Menschen und zu Lasten der Entwicklungsländer, denen durch die Steuerflucht der Konzerne jährlich Milliarden entgehen. Zudem kommt die Schweiz mit der Steuervorlage schon bald wieder unter Druck. Denn die internationalen Anstrengungen gegen die Steuervermeidung der Grosskonzerne gehen weiter. Es gibt einen starken Druck gegenüber Tiefsteuern für Unternehmen. So besteuert die USA neu Tochterfirmen ausserhalb der USA, wenn sie dort nicht einen bestimmten Mindeststeuersatz bezahlt haben. Es ist Zeit, endlich reinen Tisch zu machen. Dank guter Standortqualität bleibt die Schweiz auch ohne Steuerdumping attraktiv für Unternehmen mit echter Wertschöpfung.

AHV BRAUCHT ANDERE REFORM

PS: Ja, es gibt auch einen AHV-Teil in der Vorlage. Und Ja, wir müssen die AHV langfristig im Gleichgewicht behalten. Dazu besteht aber keine Eile und es braucht keine Schnellschüsse, sondern ein ausgewogenes Konzept ohne Verknüpfung mit dieser Steuervorlage. Die Zusatzgelder sollen aus der direkten Bundessteuer, der Mehrwertsteuer und den Lohnbeiträgen kommen. Den grössten Teil bezahlt also die Bevölkerung und nicht die Unternehmen. Nehmen und Geben sehen anders aus.

Michael Töngi
Nationalrat Grüne Luzern

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)

NEIN



ABSTIMMUNG KANTON

BLINDFLUG FINANZREFORM: UNGERECHT UND UNSOZIAL!

Die Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18) ist zu einem unsolidarischen Umverteilungsprojekt geworden. Die Grünen lehnen die Vorlage ab: auch weil sie juristisch heikel ist.

Die Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18) will die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden neu ordnen. Ausgelöst einerseits durch die (unbestrittene) Zuteilung der Zuständigkeit für den Wasserbau an den Kanton (Kosten 20 Millionen jährlich), andererseits die Veränderung des Kostenteilers Volksschule. Der Kanton soll in Zukunft die Hälfte der Volksschulkosten übernehmen (bis anhin 25 Prozent). Damit bezahlt er in Zukunft 160 Millionen Franken jährlich mehr. Dies ist eine – seit vielen Jahren vorgebrachte – Forderung des Verbands Luzerner Gemeinden VLG.

GEWINNERINNEN BLEIBEN GIERIG

Entstanden ist ein Umverteilungsprojekt, in dem rund 220 Millionen hin- und hergeschoben werden. Und das am Schluss auf Teufel komm raus aufgehen musste. Und damit dies möglich wurde, wurden Einnahmen noch nicht beschlossener Vorlagen miteingerechnet. Darunter fallen die eidgenössische Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF), sowie die Steuergesetzrevision 2020. Auch Mehrwertabgaben, die erst in einigen Jahren eintreffen können.

Erstes Fazit: Die AFR18 ist ein Blindflug. Ihre Auswirkungen sind weder für den Kanton noch für die Gemeinden insgesamt absehbar. Auch weil bei Veranstaltungen des Gewerbeverbandes bereits angekündigt wird, dass die Steuerbedingungen zu Gunsten juristische Personen und AktionärInnen mit grösseren Beteiligungen verändert werden sollen. Die GewinnerInnen der vergangenen Steuergesetzrevisionen blieben weiter gierig.

Blindflug ist die AFR18 aber auch, weil in der Zwischenzeit das Bundesgericht die Regierung wie auch die bürgerliche Kantonsrats-Mehrheit ins Unrecht versetzt hat und die Krankenkassen-Prämienverbilligungen wieder mehr EinwohnerInnen zugänglich gemacht hat.

Die AFR18-Vorlage hat zwei weitere Mängel. Fraglich ist, ob die Einheit der Materie gewahrt ist, auch wenn im politischen Alltag Verknüpfungen nicht unüblich sind, so wie es bei der eidgenössischen Vorlage STAF geschieht. Mutmasslich übergeordnetem Recht widerspricht die AFR18 jedoch, weil sie eine Verpflichtung der STAF-Vorlage nicht einhält, nämlich dass der Kanton die Gemeinden an den Mehrerträgen aus den Direkten

Bundessteuern zu beteiligen habe. Starke Player haben denn auch bereits gerichtliche Überprüfungen angekündigt.

AFR18 IST UNGERECHT UND UNSOZIAL

Die AFR18-Vorlage verschiebt die Kosten einzelner «Wachstumsbranchen» zu den Gemeinden. Sie müssen neu die Ergänzungsleistungen für IV- und AHV-BezügerInnen sowie Individuelle Prämienverbilligungen für Personen in der wirtschaftlichen Sozialhilfe bezahlen. Diese Änderung entlastet Gemeinden mit vermögenden und einkommensstarken Personen und belastet die Zentren, insbesondere Luzern und Sursee.

Die AFR18-Vorlage bringt auch keinen Ausgleich der Steuerbelastung. Weiterhin können Steuerzahlende finanzstarker Gemeinden wie Meggen, Weggis, Greppen, Schenkon und Eich markant weniger Steuern abliefern.

**NEIN, WEIL DIE VORLAGE EIN
«BLINDFLUG» IST**

**NEIN, WEIL SIE GEGEN ÜBERGEORDNETES
RECHT VERSTÖSST**

NEIN, WEIL SIE UNGERECHT IST

**NEIN WEIL SIE DIE STEUERBELASTUNG
INNERHALB DES KANTONS NICHT
AUSGLEICHT.**

P.S.

Die AFR18 bringt einen weiteren Rückschritt. Verkehrsanordnungen sollen – wie von den Autoverbänden seit Jahren gefordert – wieder ausschliesslich in die Kompetenz des Kantons fallen. Die Errichtung von Tempo-30-Zonen – wie auch anderer verkehrsberuhigender Massnahmen – wird dadurch unwahrscheinlicher.

Hans Stutz
Kantonsrat Grüne Luzern

Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18)

NEIN

STEUERGESETZREVISION 2020

DIE STEUERGESETZREVISION MUSS ZURÜCK AN DEN ABSENDER

Im Juni beraten wir mit dem erneuerten Kantonsrat die Steuergesetzrevision 2020. Der Abschluss 2018 bescherte dem Kanton Luzern zwar einen Gewinn. Die Steuern der Firmen entwickeln sich immer noch nicht wie prognostiziert. Der Kanton ist nicht vorbereitet auf die Herausforderungen der Zukunft. Lehnen wir sowohl das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) als auch die kantonale Aufgaben- und Finanzreform (AFR 18) ab, setzen wir ein Zeichen für die Steuergesetzrevision. Wir müssen wieder den Verfassungsgrundsatz anwenden, dass jeder entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuern bezahlt. Darum muss die jetzige Variante der Steuergesetzrevision abgelehnt werden.

Im Jahr 2008, mitten in der globalen Finanzkrise hat der Kantonsrat Luzern in einer Steuergesetzrevision die Halbierung der Unternehmensgewinnsteuer beschlossen. Er wurde damit zum Steuerdumpingkanton Nummer 1. Es folgten 2010 ein Entlastungspaket, 2012 und 2014 die Abbaupakete Leistungen und Strukturen 1 und 2 und 2016 eine weitere Sparrunde (Konsolidierungsprogramm.) Alles in allem hat der Kanton so circa 15 Prozent von seinem Gesamtbudget eingespart. Und die Steuern der Firmen fliessen immer noch nicht im erwarteten Ausmass: 2008 trugen juristische Personen rund 154 Millionen Steuern (15 Prozent des gesamten Steuerertrages) bei, 2018 sind es nur 128 Millionen (9 Prozent).

BÜRGERLICHE ZIMMERN VORLAGE HINTER VERSCHLOSSENEN TÜREN

Ein Vorstoss der Grünen und die miserable finanzielle Situation hat den Regierungsrat letztes Jahr veranlasst, eine Steuergesetzrevision zu erarbeiten. Diese hätte neben Anpassungsmassnahmen an STAF zusätzliche 23.4 Millionen für den Kanton und 25 Millionen für die Gemeinden aus Vermögens- und Firmensteuern eingebracht. Die Bürgerlichen haben dann hinter verschlossenen Türen eine neue Minimalvariante ausgearbeitet, bei welcher eine minime, auf vier Jahre beschränkte Erhöhung der Vermögenssteuer geblieben ist. Ebenso verwarf der Kantonsrat eine Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf mindestens 70 Prozent und eine Progressionsanpassung bei Einkommen.

Über die Steuergesetzrevision wird der neu zusammen gesetzte Kantonsrat im Juni nochmals beraten, also nach der Abstimmung zu STAF und AFR18.

REVISION MUSS GRUNDLEGENDE KORRIGIERT WERDEN

Mit der Ablehnung der STAF senden wir ein klares Signal auch an den Kanton Luzern aus: Die Mehrheit der Bevölkerung will keine solche Steuerdumping-Gesetze mehr, sondern gerechte Steuergesetze, bei welchen alle nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern sind. Wenn es im Juni keine Korrekturen gibt, müssen die Grünen erneut über die Ergreifung eines Referendums entscheiden.

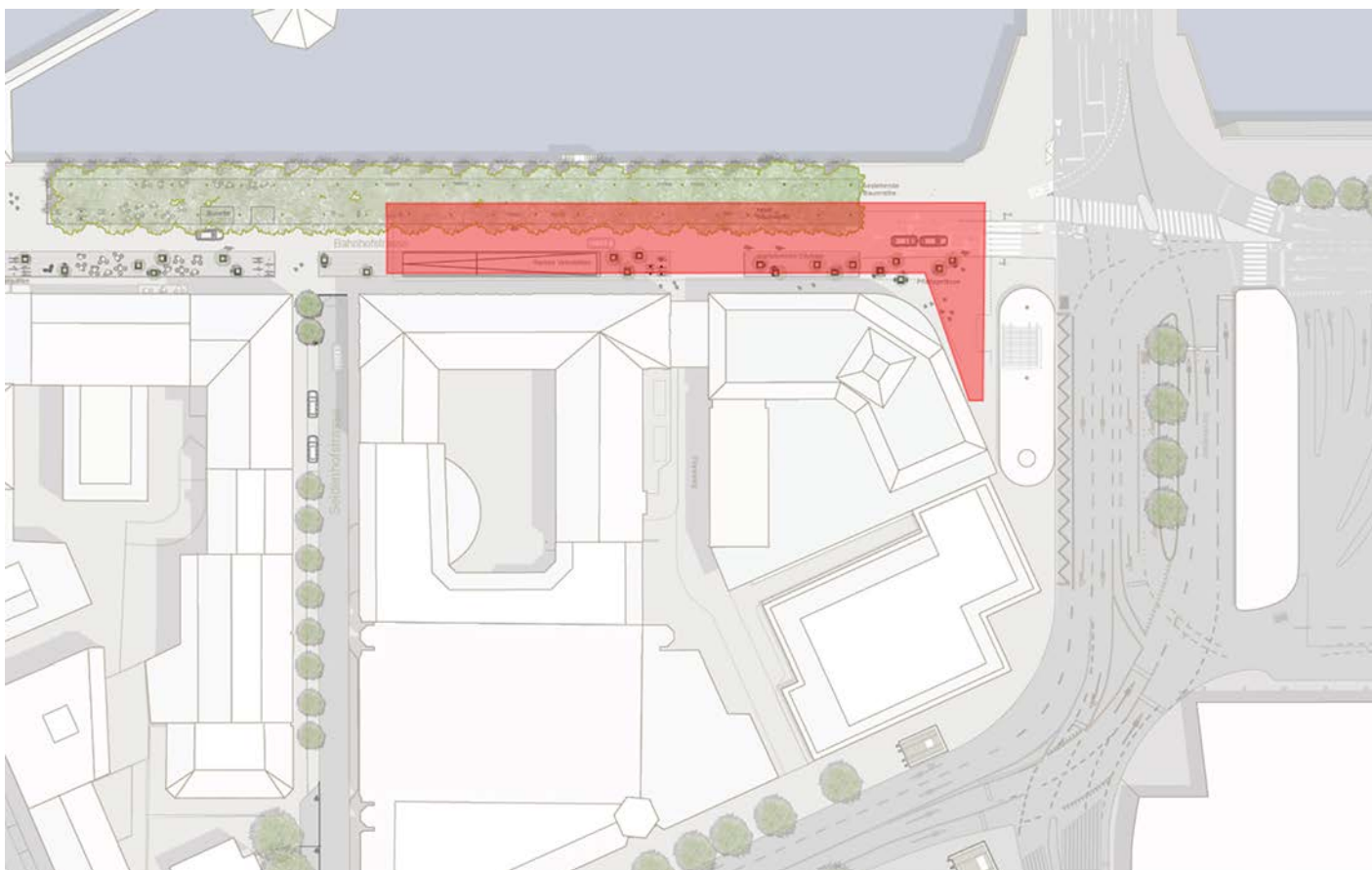
Mitte März hat der Regierungsrat die Zahlen der Rechnung 2018 eröffnet. Er sieht sich klar als Gewinner. Doch einmal mehr blendet er aus, dass die Rechnung positiv abschliesst, da viel mehr Geld von der Nationalbank geflossen ist und wir extreme Einsparungen auf Kosten der Schwächsten vorgenommen haben. Noch viel gefährlicher ist, dass wir in den sogenannten konjunkturell guten letzten Jahren kein Eigenkapital aufbauen konnten, um die Herausforderungen der nächsten Jahre anzugehen: Rückgängig machen der erhöhten Arbeitsstunden kantonaler Angestellten, Erhöhen der Prämienverbilligungen und der Unterstützung Behinderter, Übernahme neuer grosser Aufgaben (wie Anpassen an die Klimaveränderung, vom Wasserhaushalt bis zum Gesundheitswesen, und Klimaschutzmassnahmen, um klimaneutral zu werden). Die Steuergesetzrevision muss deshalb grundlegend korrigiert werden.

Monique Frey
Fraktionsvorsitzende Grüne Luzern



Der Kantonsrat diskutiert im Juni erneut über die Steuern im Kanton Luzern.

VELOSTATION BAHNHOFSTRASSE



Unterirdische Velostation unter Bahnhofstrasse

An der Bahnhofstrasse sowie allgemein rund um den Bahnhof besteht schon heute ein grosser Engpass an Veloparkplätzen. Im Rahmen der Neugestaltung der Bahnhofstrasse sollen gemäss Stadtrat nun zusätzliche Veloparkplätze unter dem Boden entstehen. Die unterirdische Veloabstellanlage bringt einen Mehrwert, weil sie einen direkten Zugang zur Bahnstrecke schafft und die Velos gedeckt abgestellt werden können. Zudem soll gemäss städtischer Planung der Anteil der VelofahrerInnen bis 2030 auf 10 Prozent der Verkehrsteilnehmer steigen, da braucht es Anreize. Gute Parkplätze und Infrastrukturen sind der Schlüssel, dass mehr Menschen das Velo nutzen. Der Bedarf nach mehr Parkplätzen um den Bahnhof ist bereits heute riesig und mehrfach nachgewiesen. Endlich gibt es wenigstens in diesem Teil des Bahnhofs ein konkretes Projekt. Daher haben sich die Grünen im Stadtparlament für diese neue Velostation eingesetzt.

WICHTIGER SCHRITT FÜR VELOFÖRDERUNG

Zwei grüne Aspekte für den weiteren Prozess seien noch erwähnt: Es ist klar, dass mit der Eröffnung verbunden kein oberirdisches Veloparkverbot an der Bahnhofstrasse geben darf. Es braucht keine Verschiebung, sondern einen massiven Ausbau von Veloparkplätzen. Zudem hat sich die Grüne Fraktion auch klar gegen

eine Bewirtschaftung dieser neuen Velostation ausgesprochen. Die Velofahrenden für diese Anlage zahlen zu lassen, wäre eine Kehrtwende in der Veloförderung und würde den Zielen für eine nachhaltige städtische Mobilität komplett widersprechen.

Obwohl die Kosten für die neue Velostation zwar hoch sind, ist diese Erweiterung der Veloabstellplätze rund um den Bahnhof jedoch dringend nötig. Es ist ein wichtiger Schritt zu einer aktiven Veloförderung in der Stadt Luzern.

Christian Hochstrasser, Grossstadtrat
Fraktion Grüne/Junge Grüne Stadt Luzern

**Sonderkredit für die Projektierung
der Velostation Bahnhofplatz**

JA

ABSTIMMUNGEN STADT LUZERN

STÄDTISCHE UMSETZUNG DES BEHINDERTENGLEICHSTELLUNGSGESETZ

Die Grünen haben vor vielen Jahren das nationale Behindertengleichstellungsgesetz unterstützt und sind immer noch überzeugt davon. Es ist richtig, dass Massnahmen umgesetzt werden, damit Menschen mit einer Behinderung möglichst selbstständig mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sein können. Dafür müssen alle Haltestellen auf städtischen Strassen behindertengerecht umgebaut werden. 40 Millionen Franken erscheinen auf den ersten Blick viel, aber es geht auch darum, eine Art Investitions-Altlast der letzten Jahre abzubauen. Noch vor kurzem hat man leider einfach zu wenig darauf geachtet, dass auch Personen mit dem Rollstuhl selbstständig in einen Bus einsteigen können. Die

Grünen begrüßen auch, dass Priorisierungen vorgenommen werden, wo es besonders wichtig ist und besonders schnell umgesetzt werden soll. Ausserdem können auch Synergien mit anderen Projekten genutzt werden.

Christian Hochstrasser, Grossstadtrat
Fraktion Grüne/Junge Grüne Stadt Luzern

Sonderkredit von 39,69 Mio. Franken für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes – Massnahmen an den Bushaltestellen auf den Gemeindestrassen der Stadt Luzern



GRÜNE STADT LUZERN

AKTUELLES AUS DEM GROSSEN STADTRAT

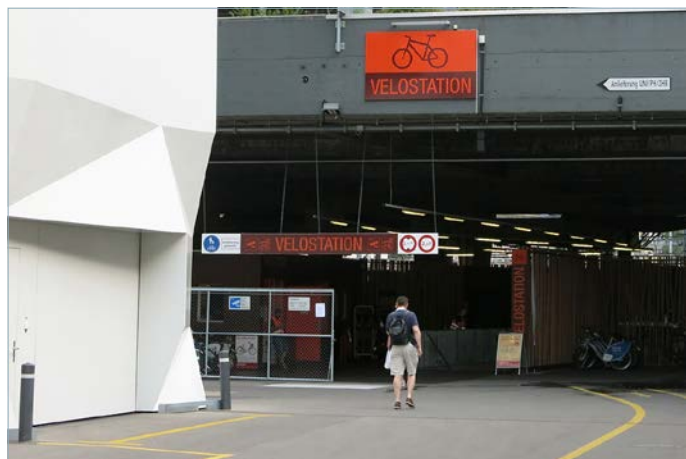


Bild: Christian Hochstrasser

Die Velostation am Bahnhof Luzern

VELOSTATION BAHNHOF AUSLASTEN

Korintha Bärtsch forderte erfolgreich, dass die bestehende, nicht besonders zugängliche Velostation kostenlos genutzt werden kann. Damit soll die Auslastung erhöht werden und andere Veloparkplätze werden frei. Velostationen müssten einen echten Mehrwert bieten, damit man dafür etwas verlangen kann. Das Parlament hat in der März-Sitzung diese Haltung unterstützt. Die Diskussion wird im Zusammenhang mit der neuen Velostation an der Bahnhofstrasse wohl weitergeführt.

TAGESSCHULE

Zusammen mit GLP, SP und einzelnen Freisinnigen haben die Grünen eine Motion überwiesen, damit in Luzern endlich eine Tagesschule eingeführt wird. Die bisherige Betreuungslösung wird modular gebucht. Immer wieder erhalten Eltern im Juni Bescheid, dass sie keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen. Für eine echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde der Stadtrat nun gegen seinen Willen gezwungen, eine echte Tagesschul-Lösung zu erarbeiten.

DIGITALSTRATEGIE UND PARTIZIPATION

Noch fehlt der Stadt Luzern eine echte Strategie, wie die Digitalisierung im Interesse der Bevölkerung angepackt werden soll. Der entsprechende Bericht und Antrag des Stadtrats wurde von fast allen Parteien scharf kritisiert. Irina Studhalter hat zusammen mit Vertretern anderer Parteien formuliert, wie die Stadt Luzern mit einer echten Digitalisierungsstrategie in Zukunft den Anschluss wieder schafft. Dabei soll die Partizipation der Bevölkerung an Entscheiden und sinnvollen Lösungen eine wichtige Rolle haben.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)



Bild: Christian Hochstrasser

Der rote Pass soll für Jugendliche ohne Gebühren ausgestellt werden

EINBÜRGERUNGSGEBÜHREN

Jugendliche, die sich in der Stadt Luzern einbürgern lassen, zahlen bis zu CHF 3000 Einbürgerungsgebühren. Die Grünen konnten sich zusammen mit SP und

Grünliberalen gegen die geschlossene bürgerliche Seite durchsetzen, dass Jugendlichen bis 25 Jahren in Zukunft die Gebühren erlassen werden. Damit soll vermeiden, dass hier geborene, bestens integrierte Menschen aus Kostengründen auf die Einbürgerung verzichten.

VISION TOURISMUS 2030 UND CARPARKIERUNGSKONZEPT 2.0

In der Februarsitzung wurden zwei Grüne Vorstösse von Korintha Bärtsch und Christian Hochstrasser zur Erarbeitung einer Vision Tourismus und für ein neues analytisches Konzept der Carparkierung praktisch diskussionslos überwiesen. Bei der Einreichung vor einem Jahr, waren die Reaktionen aus der Tourismuslobby auf mögliche Ansätze zu Obergrenzen von Touristinnen und Touristen noch vehement ablehnend.

Christian Hochstrasser, Grossstadtrat
Fraktion Grüne/Junge Grüne Stadt Luzern

GRÜNE EMMEN

EMMEN GEHT MIT INNOVATIVEM WEG VORAN



Leitbild Zentren und Treffpunkte

Emmen geht in der Ortsplanung neue Wege – dafür wird auch die Bevölkerung eng mit eingebunden. Entstanden ist ein innovatives Zukunftsprojekt, das die Attraktivität der Gemeinde erhöhen wird.

Bevor in Emmen über Zonen, Höhen und so weiter diskutiert wird, wurde ein städtebauliches Konzept erarbeitet. Zuerst wurde eine Zukunftsvision erarbeitet und aufgrund derer werden später die planungsrechtlichen Grundlagen ausgearbeitet. Zum Gesamtkonzept wird die Bevölkerung in einer repräsentativen Umfrage befragt. Emmen geht also nicht nur im Vorgehen,

sondern auch in der Mitwirkung der Bevölkerung neue, innovative Wege.

Das beauftragte Team, bestehend aus Van de Wetering Atelier für Städtebau, mrs partner, Fahrni Landschaftsarchitekten und der Hochschule Luzern, hat Emmen umgehend analysiert und daraus mehrere Themenspezifische Leitbilder erarbeitet. Einen ersten Eindruck gibt das Leitbild Zentren und Treffpunkte (siehe Abbildung). Besonders ansprechend ist das Zukunftsbild rund um den Emmer Bahnhof, mehr kann zurzeit noch nicht verraten werden. Für mich ist bereits jetzt klar, die Investition in das innovative Vorgehen hat sich gelohnt. Sobald die Mitwirkung zum städtebaulichen Gesamtkonzept startet, werden die Grünen Emmen weiter informieren.

Marco Huwiler
Einwohnerrat und Ortsplanungskommissionsmitglied

GRÜNE KRIENS

INITIATIVE FÜR EINZONUNGSMORATORIUM IN KRIENS LANCIERT

In Kriens wird gebaut und es ist kein Ende in Sicht. Immer mehr und vor allem immer weiter in die letzten Grünflächen hinein. Wir finden: Es ist genug. Die Grünen Kriens haben deshalb Ende März die Unterschriftensammlung für die Initiative «Einzonungsmoratorium für 15 Jahre» lanciert. Damit wird verbleibender Grünraum geschützt – dennoch bleibt genug Platz für weitere Bauprojekte und Spielraum für die nächste Generation.

Die Initiative für ein 15-jähriges Einzonungsmoratorium lässt eine Weiterentwicklung von Kriens zu. Diese ist möglich mit der Überbauung des eingezonten Landes und der Umzonung von heutigen Bau- und Gewerbezo- nen. Sie will aber verhindern, dass die letzten Grünflä- chen in und um Kriens auch noch eingezont werden.

STADT KRIENS SOLL IN LUZERN SÜD WACHSEN

In den letzten Revisionen der Bau- und Zonenplanung wurden jeweils weitere Landstücke eingezont. Auch bei den nächsten Revisionen wird es so weitergehen. Das ist völlig unnötig. In Kriens bestehen noch grosse Reserven an Bauland. Allein im Gebiet zwischen Eich- hof, Mattenhof und Schlund gibt es noch Reserven für weit über tausend Wohnungen.

Die Grünen fordern ausdrücklich, dass die weitere Entwicklung der Gemeinde auf das Siedlungsgebiet im Raum Luzern Süd fokussiert wird. Und wir fordern auch, dass diese Landstücke und Gewerbegebiete nachhaltig entwickelt werden. Dieses Gebiet soll zu einem Vorzeige- modell eines modernen Quartiers mit hoher Lebensqua- lität werden. Die Initiative verlangt einen Marschhalt. Über weitere Einzonungen soll dann befunden werden, wenn die heutigen Reserven aufgebraucht sind.

Gian Waldvogel, politischer Sekretär Grüne Luzern

GRÜNE DANKEN BRUNO BIENZ UND BEGRÜSSEN PETER STOFER



Bruno Bienz



Peter Stofer

Auf Ende Februar trat der Ur-Krienser Bruno Bienz nach 14 Jahren als Einwohnerrat zurück. In dieser Zeit hat er sich für die Umwelt, den Langsamverkehr und vor allem auch für Sozial- und Alterspolitik eingesetzt. Von 2009 bis 2016 war er denn auch Präsident der Sozial- und Gesundheitskommission. Im Jahr 2008 wurde Bruno

Bienz zum Präsidenten des Einwohnerrats gewählt. Bruno Bienz war stets nahe am Puls der Bevölkerung und hat viele Anliegen aufgenommen. Er hat mit seinen Vorstössen dazu beigetragen, dass die Politik nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei politisierte.

BRUNO, WIR DANKEN DIR FÜR DEINEN GROSSEN EINSATZ!

Mit dem Umweltnaturwissenschaftler Peter Stofer können wir einen kompetenten Nachfolger in der Frak- tion begrüßen. Er wird die Grünen in der Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt vertreten.

Erich Tschümperlin
Grüne Kriens

AUFRUF: GRÜNE STADTRATSKANDIDATUR

Im Frühling 2020 wird der Krienser Stadtrat neu gewählt. Für die Auswahl potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten der Grünen Kriens hat sich eine Findungskommission gebildet. Wir rufen alle Persönlichkeiten auf, die für ein solidarisches und grünes Kriens eintreten und sich eine Kandidatur vorstellen können, sich bis spätes- tens 31. Mai bei Erich Tschümperlin, Präsident Grüne Kriens, zu melden (erich.tschuemperlin@bluewin.ch).

GRÜNE WILLISAU

WILLISAUER GRÜNE SIND AKTIV!

Die Grünen in Willisau sind eine überschaubare, aber aktive Gruppe von engagierten Personen, welche aktuelle und zukunftsorientierte Themen aufnehmen und in die Öffentlichkeit bringen. Mit unseren Aktionen möchten wir Diskussionen anregen, Alternativen und neue Wege aufzeigen.



An der No-Food-Waste-Aktion werden die WillisauerInnen verköstigt.

NO-FOOD-WASTE-AKTION

In einer gemeinsamen Aktion haben die Grünen Willisau mit den Jungen Grünen am 9. März mit Lebensmitteln, die sonst im Abfall gelandet wären, feine Gerichte gekocht und an die Passanten verteilt. Sie haben damit auf die Problematik des Food Wastes aufmerksam gemacht. In der Schweiz landet ein Drittel aller Lebensmittel im Abfall. Das bedeutet jährlich 300 Kilogramm pro Person.

Sechs Willisauer Lebensmittelgeschäfte warfen abgelaufenes Gemüse, Früchte, Fleisch, Käse, Brot und so weiter nicht weg, sondern ermöglichten, dass diese qualitativ immer noch köstlichen Lebensmittel zu feinem Essen verarbeitet werden konnten.

Am Samstagmittag konnten damit viele Gäste beim Willisauer Postplatz verköstigt, verwöhnt und für die Problematik sensibilisiert werden. Die No-Food-Waste-Aktion wurde zu einem vollen Erfolg, auch wenn sie mit einem grossen Einsatz verbunden war. Umso erfreulicher, wie Willisauer spontan dazu beitrugen und die Bevölkerung mitmachte. Gut möglich, dass die No-Food-Waste-Aktion wiederholt wird.

ORTSPLANREVISION WILLISAU

Mitte März stimmten die WillisauerInnen an der Gemeindeversammlung über die revidierte Ortsplanung ab. Dabei wurde auch eine unbereinigte Einsprache der Grünen behandelt, welche gemeinsam mit dem Naturschutzverein und der SP eingereicht worden

war. Bereits im Rahmen der Einsprache konnten wir erreichen, dass in Willisau endlich eine Umwelt- und Energiekommission eingesetzt und diese im Bau- und Zonenreglement erwähnt wird. Aus der vorgeschlagenen Kann-Formulierung zum Einsetzen einer Kommission machte der Stadtrat eine Anpassung in eine Muss-Formulierung. Bis anhin ist Willisau die grösste Luzerner Gemeinde ohne eine solche Kommission. Das hat unter anderem auch dazu geführt, dass grundlegende Aufgaben im Naturschutz nicht wahrgenommen und kantonale Gesetzgebungen nicht umgesetzt wurden. Es bleibt nun unsere Aufgabe, die Ausarbeitung des Pflichtenhefts dieser neuen Umwelt- und Energiekommission kritisch zu begleiten, damit sie dann auch mit den entsprechenden Aufgaben und Kompetenzen ausgestattet wird und nicht zu einer Feigenblattkommission verkommt.



Die Standaktion mit Korintha Bärtsch und der Ortsgruppe Willisau war ein Erfolg.

An der Gemeindeversammlung wurde zudem unser offener Einsprachepunkt behandelt, der verlangt, dass bei den Fachmärkten Parkplätze mehrheitlich unterirdisch angelegt werden müssen. Es war die meistdiskutierte Einsprache. Trotzdem hat die Mehrheit der 240 Stimmberechtigten den Einsprachepunkt mit 68 zu 145 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Für eine Gemeinde, an der die meisten Geschäfte jeweils nur mit vereinzelter Gegenstimme gutgeheissen werden, ist das immerhin ein Achtungserfolg. Die im Vorfeld und an der Versammlung stattgefundenen Diskussionen haben klar gezeigt, dass ein sorgsamer Umgang mit dem Boden ein klarer Auftrag an die Gemeinde ist.

Esther Müller
Co-Präsidentin Grüne Willisau

VAH/GRÜNE HOCHDORF

HURRA, ES LEBE DIE DEMOKRATIE

Ein gewaltiger Schub demokratischer Öffnung hat unsere fast 10 000 Seelen umfassende Gemeinde erschüttert. Weil wir ja weder über eine Gemeindeversammlung verfügen, noch ein Einwohnerrat die Geschehnisse vor einer Abstimmung beeinflussen könnte, dürfen die Parteien sich ab Juni mit 700 Zeichen im Hochdorfer-Mail zu Wort melden. Abstimmungs-Propaganda und Parolen zu Sachvorlagen sind selbstredend nicht zulässig. Wir haben diese Plattform seit längerer Zeit angestrebt, aber nicht unbedingt so plattgedrückt. Wir hoffen aber, dass uns unsere liebe CVP/FDP Regierung etwas über die Scherermatte schreiben lässt.

Auf dieser letzten und zentral gelegenen schönen Wiese neben dem Schulhaus, wollte der Rat hinten-

rum für 250 000 Franken 64 Parkplätze erstellen. Wir haben sofort eine Petition gestartet und im Februar 1460 Unterschriften abgegeben. Der Gemeinderat hat aber schon vorher davon Wind und etwas kalte Füsse bekommen und so kommt die Sache nun am 19. Mai vor das Volk.

In der Broschüre zur Orientierungsversammlung, die erst am 6. Mai stattfindet, haben die Petitionäre und Gegner kein Recht zur Eingabe von Gegenargumenten. Nichtsdestotrotz werden die Leute allenthalben aufgefordert, sich aktiv am Gemeindewohl zu beteiligen, mitzudenken und mitzugestalten.

Werni Meyer
Verein aktives Hochdorf

L20 HORW

CLAUDIA RÖÖSLI KANDIDIERT FÜR DEN HORWER GEMEINDERAT



Gemeinderat Oskar Mathis tritt zurück.

Die L20 nimmt mit Bedauern Kenntnis vom Rücktritt ihres verdienstvollen langjährigen Gemeinderats Oskar Mathis per 30. September 2019. Er hat das Sozial- und Gesundheitswesen weiterentwickelt und besonders die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Angebote im Vorschulalter gefördert. Wir danken Oskar Mathis für seine grosse und richtungsweisende Tätigkeit für die Gemeinde Horw.

Die Einwohnerrätin und Rats-Vizepräsidentin Claudia Rööslí ist die geeignete Kandidatin für seine Nachfolge. Claudia Rööslí weist breite Erfahrung im Einwohnerrat und in der Kommissionsarbeit vor.

Sie kandidierte bereits bei den Wahlen 2016 für den Gemeinderat, weil auch Frauen im Gemeinderat ver-



Einwohnerrats-Vizepräsidentin Claudia Rööslí kandidiert für den Horwer Gemeinderat.

treten sein müssen. Die ausgebildete Pflegefachfrau verfügt über einen Master in Wound Care und arbeitet seit 25 Jahren bei der Spitex Luzern – mittlerweile im Prozess- und Qualitätsmanagement als weisungsbefugte Mitarbeiterin in einem 60-Prozent-Pensum. Daneben ist sie in gleicher Funktion 20 Prozent bei der Spitex Nidwalden tätig und bildet zudem schweizweit Erwachsene im Gesundheitswesen weiter.

Der Wahltermin für den Gemeinderat ist der 19. Mai. Die L20 dankt schon jetzt für Ihre wertvolle Unterstützung der Wahlkampagne.

Lukas Bucher
Grüner Einwohnerrat Horw

DIE KLIMABEWEGUNG KÄMPFT FÜR UNSERE ZUKUNFT

Laut, bunt, politisch – vor allem aber besorgt: Das ist die Jugend von heute. Seit mehreren Monaten ist die internationale Klimabewegung stark gewachsen; immer mehr junge Menschen gehen auf die Strasse und setzen sich für ein Thema ein, dessen Dringlichkeit nach wie vor drastisch unterschätzt wird. Dabei sind es genau jene Jugendlichen, die immer für politikverdrossen und desinteressiert gehalten werden, welche nun gemeinsam ein Zeichen setzen; der Politik und Regierung zeigen, dass gehandelt werden muss und darlegen, dass ihre Zukunft auf dem Spiel steht.

Der CO₂-Ausstoss auf unserem Planeten war für ungefähr zwei Millionen Jahre stabil. Durch die Industrialisierung nahm die Erdtemperatur in den letzten 200 Jahren um 0.8 °C zu. Auf den ersten Blick scheint dies ein geringes Ausmass zu sein, ist es aber nicht: Die Temperaturen in der letzten Eiszeit lagen etwa 4 bis 5 °C unter den heutigen, was mehrere Jahrtausende her ist.

Nun ist es an der Zeit, nicht mehr weiter abzuwarten, sondern zu handeln. Genau diese Botschaft will die Klimastreikbewegung an die Öffentlichkeit bringen. Sie fordert die Politik auf, Massnahmen zu ergreifen und die Klimaproblematik als Krise zu behandeln. Aufgrund des wissenschaftlichen Berichtes des Klimarates (IPCC) wurden zwei nationale Forderungen aufgestellt: Einerseits sollen im Inland bis im Jahr 2030 netto Null Treibhausgasemissionen erreicht werden, sprich, alle Emissionen müssen mit unseren natürlichen Ressourcen, wie zum Beispiel Wäldern, wieder eingespart werden können. Andererseits wird die nationale Ausrufung des Klimanotstandes gefordert, wie es Basel vor kurzer Zeit bereits gemacht hat.

BEWEGUNG WÄCHST STETIG

Auch in der Zentralschweiz hat die Bewegung Platz gefunden und ist seit dem ersten Klimastreik vom 18. Januar stets gewachsen. Mittlerweile besteht das OK aus einer Konstellation von rund 30 KlimaaktivistInnen, welche sich wiederum in verschiedene Arbeitsgruppen aufgeteilt haben, um eine effiziente und erfolversprechende Vorgehensweise zu verfolgen. Es soll weiterhin Druck aufgebaut werden, da das Thema nicht stillgeschwiegen werden darf. Die Streiks sind und dürfen erst der Anfang einer Entwicklung sein, die hoffentlich dazu führt, der drohenden Katastrophe zu entkommen.

Erste Erfolge und Zustimmungen aus der Politik wurden bereits verzeichnet. So haben beispielsweise die Jungen Grünen Luzern eine Petition bei der Stadt Luzern eingereicht, die sie auffordert, den Klimanotstand auszurufen. Ausserdem wurden am Klimastreik vom 15. März erfolgreich Unterschriften für einen städtischen Bevölkerungsantrag gesammelt, der dasselbe Ziel beabsichtigt.



Bild: Jonathan Biedermann

Die Jugend geht in Luzern für ihre Zukunft auf die Strasse.

ES IST 5 VOR 12

Es handelt sich also bei weitem um mehr als nur ein paar Schüler*innen, die keine Lust haben, freitags in die Schule zu gehen. Wir sprechen von einer ständig wachsenden Jugendbewegung, die durch ihr Engagement und Herzblut eine Veränderung in Gang setzt. International wurde bereits Vieles bewegt und die Jugendlichen sind noch lange nicht ruhig, im Gegenteil: Sie werden immer lauter! Es ist 5 vor 12, viel Zeit bleibt nicht mehr. Diese willensstarke Bewegung zeigt, dass wir nicht kampfflos aufgeben und wir die letzte Chance nicht verpassen (wollen)!

Text: Lena Merz



PORTRAIT

OBST- UND GEMÜSEGARTEN ERDEN MICHAEL TÖNGI



Autor Fabio Banz mit Nationalrat Michael Töngi

Michael mag es, zwischen den Sitzungen in der Berner Altstadt zu flanieren, bevor der intensive Ratsbetrieb wieder seinen Lauf nimmt. Seit ungefähr einem Jahr ist Michael Töngi der Nachfolger Louis Schelberts im Nationalrat. Innerhalb der grünen Fraktion des Bundesparlaments ist er zuständig für Themen der Verkehrs- und Fernmeldekommission. Das heisst konkret: Neben der Verkehrs- ist ihm auch die Medienpolitik ein Anliegen, sowie Fragen zum Service public.

Michael hat im nationalen Parlament mehrere Vorstösse zur Bahnsituation in Luzern eingereicht und damit auf die Notwendigkeit des Durchgangsbahnhofs hingewiesen. Gleichzeitig hat der Bundesrat Pläne, in der Schweiz diverse Autobahnen weiter auszubauen. Michael steht diesen Plänen sehr skeptisch gegenüber. Er sagt: «Wir brauchen umwelt- und siedlungsverträgliche Lösungen beim Autobahnbau». Wenn schon ein Ausbau, müsste z.B. eine Autobahn im Tunnel anstatt sichtbar an der Erdoberfläche gebaut werden.

SCHWERPUNKTE IN DER WOHN- UND VERKEHRSPOLITIK

Michael berichtet weiter, dass es relativ schwierig ist, die grünen Anliegen im Nationalrat zur Sprache zu bringen. Doch er lässt sich nicht entmutigen. Auf die Frage, welche Ziele er in Zukunft noch erreichen möchte, antwortet er: «Die Wohnpolitik muss sich weiter bewegen, nachdem sie Jahre lang unter Johann Schneider-Ammann stagniert hat».

Viele Jahre war er Generalsekretär des Mieterverbandes. Aus dieser Zeit ist ihm die Arbeit an der Initiative «mehr bezahlbare Wohnungen für alle» besonders in Erinnerung geblieben. «Das Formulieren des Initiativtextes,

der Kontakt mit der Bundeskanzlei die Beschlüsse in den Gremien und die Unterschriften-Sammelphase waren alles sehr spannende Prozesse» erklärt Michael ergänzend. Während dieser genannten Prozesse war er auf der Geschäftsstelle hauptverantwortlich für die Initiative.

KURZER ABSTECHER IN DEN JOURNALISMUS

Um die Jahrhundertwende war er kurz als Redaktor bei der Neuen Luzerner Zeitung tätig. Doch schon nach relativ kurzer Zeit kehrte er wieder zurück in die Politik. Denn «die Anstellungsbedingungen waren schon damals im Journalismus schlecht», weiss er aus eigener Erfahrung zu berichten. Dennoch setzt sich Michael auch weiterhin für seriösen Journalismus ein, den es in der Schweiz braucht. Viele ehemalige Journalisten wechseln in den PR-Bereich. Er steht der Stärkung des PR auf Kosten des Journalismus skeptisch gegenüber.

Michael Töngi ist als Privatmensch ein Geniesser. Er unternimmt auch gerne Velotouren und kümmert sich um seinen Obst- und Gemüsegarten. «Das erdet», erklärt er dazu.

Mehrere literarische Texte haben Michael beeindruckt: Einerseits «Die Mitte der Welt» von Andreas Steinhöfel, in der ein Jugendlicher sein Coming-Out erlebt. Aber dieses steht nicht im Mittelpunkt. Es geht in diesem Roman um das Erwachsenwerden an sich. Weiter schätzt Michael den rumänischen Schriftsteller Catalin Florescu wegen seiner Fabulierkunst und Fähigkeit, zwischenmenschliche Beziehungen zu schildern.

Wir wünschen Michael Töngi viel Erfolg, um den Sitz im Nationalrat zu verteidigen.

Fabio Banz
Aktivmitglied OG Willisau

AGENDA



Nähere Informationen zu den Terminen finden sich auf www.gruene-luzern.ch

APRIL

- 29.4. Stattkino Luzern 1. Mai Filmabend:
Vorpremiere von «en guerre» von Stéphane Brizé
www.stattkino.ch*

MAI

- 1.5. 1. Mai-Feier im Neubad*
11.5. Protestmarsch gegen die Spange NOrd
Treffpunkt 15.30 Uhr auf dem
Jesuitenplatz Luzern, www.spange-no.ch
13.5. Palaver: Imponieren statt informieren – Ist die
PR der neue Journalismus? Referat von Urs Jecker
(Dozent für Unternehmenskommunikation)
anschliessend Diskussion. Hirschengraben 43,
Redaktion zentralplus.ch
16.5. Vorbereitungstreff Frauenstreiktag (siehe S. 7)
19.5. Abstimmungssonntag und zweiter Wahlgang
Regierungsratswahlen

- 22.5. Jahresversammlung Grüne Kanton Luzern
23.5. «Der Blick in die Röhre», ein Abend mit Michael
Töngi mit Rundgang durch die Zivilschutzanlage
im Sonnenberg, Eingang beim Spielplatz Berglist-
rasse Luzern. Bus Nr. 10 bis Station Berglistrasse.
Beginn: 18.00 Uhr, Führung ca. 1 Stunde, danach
Einladung zum Apéro.

JUNI

- 6.6. Nominationsversammlung
National & Ständeratswahlen 2019
14.6. Luzern Frauenstreiktag

* 29. APRIL

Vorpremiere «En guerre» im stattkino. Anschliessend Ge-
spräch mit Martin Wyss (Präsident Luzerner Gewerkschafts-
bund) und Chris Kelley (Mitglied Sektorleitung Bau Unia)
über Arbeitskämpfe in der Schweiz. 19.00 Uhr, Kollekte

1. MAI-FEIER IM NEUBAD

- 15.00 Uhr Kinderprogramm mit dem Spielraum-Mobil
– 18.00 Uhr: Die Erwachsenen basteln auch: Schilder und
Transpis für den Frauenstreik
18.00 Uhr: Essen im Bistro
19.00 Uhr: Rede Korintha Bärtsch,
Regierungsratskandidatin
Hauptreferat Natascha Wey,
Präsidentin SP-Frauen* Schweiz
19.30 Uhr: Aktion zum Frauenstreik vom 14. Juni 2019
20.00 Uhr: Podiumsdiskussion mit Cécile Bühlmann
(alt Nationalrätin Grüne), Natascha Wey
(Präsidentin SP-Frauen* Schweiz), Urban
Sager (Präsident VPOD Luzern, Kantonsrat
SP), Jana Avanzini (Mitorganisatorin Luzerner
Frauenstreik) und Eylem Demirci (Fachperson
Migration) im Pool
21.00 Uhr Konzert mit BAZE (Hip Hop, Bern)
im Neubadkeller



PAROLEN

KANTONALE ABSTIMMUNG UND WAHL

2. Wahlgang Regierungsrat

KORINTHA BÄRTSCH WÄHLEN

Gesetz über die Aufgaben- und Finanzreform 18
(Mantelerlass AFR18)

NEIN

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

Bundesgesetz über die Steuerreform
und die AHV-Finanzierung (STAF)

NEIN

Bundesbeschluss über die Übernahme der EU-Richtlinie 2017/853
zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung
des Schengen-Besitzstands)

JA